



Hier würden wir auch gern wohnen!

Das schicke Schlossquartier ist Symbol für eine desaströse Wohnungsbaupolitik der Stadt

Am 6. Juli 2017 wird der aktuellen Wohnungsbaupolitik der Stadt Kiel die Krone aufgesetzt – die Richtkrone am Kieler Schlosspark. Diesem Quartier in bester Lage wurde sogar ein Architektenpreis verliehen. Das ist Grund zu feiern, besonders für die Investoren und Investorinnen sowie solventen Bewohner und Bewohnerinnen.

Sehr schön! Doch nur für wenige.

Leider sind diese Wohnungen nicht für Durchschnittsverdienende und schon gar nicht für Menschen, die auf geförderten Wohnraum angewiesen sind. Sie müssen draußen bleiben.

Damit setzt sich ein Trend fort, der schon seit langem in Kiel zu beobachten ist. Danach sind bis 2015 nur 2 Prozent aller seit dem Jahr 2000 neu gebauten Wohnungen mit einem Durchschnittseinkommen finanzierbar. (Recherche des NDR-Magazins Panorama)

Das ist angesichts der Wohnungsnot in Kiel ein Skandal!

Auch die Zukunft verspricht keine Besserungen. Nach dem Wohnungsbauflächenatlas der Stadt sind bis 2030 rund 21.500 neue Wohnungen nötig, um den absehbaren Bedarf zu decken. 2015 wurden aber nicht mal 500 Wohneinheiten gebaut. Es würde also 43 Jahre dauern bis das Ziel bei dieser Bautätigkeit erreicht wäre. Da sich der bisherige Wohnungsbau weitgehend auf Eigenheime, teure Miet- und Eigentumswohnungen beschränkt, gäbe es ohne eine deutliche Wende in der Wohnungsbaupolitik auch dann noch einen erheblichen Mangel an bezahlbaren Wohnungen.

Besonders im Bereich der geförderten Wohnungen (Sozialwohnungen) besteht eine drastische Fehlentwicklung. Der Anteil der Sozialwohnungen hat sich von 16 Prozent im Jahr 2005 auf 7 Prozent im Jahr 2015 mehr als halbiert, während gleichzeitig der Bedarf gestiegen ist.

Was diese nackten Zahlen bedeuten, erleben viele Menschen in ihrem Alltag ganz deutlich, wenn der Mietanteil an ihrem Einkommen immer höher wird oder sie in langen Schlangen vor Wohnungstüren stehen, um eine bezahlbare Wohnung zu ergattern.

Die Menschen in Kiel brauchen eine Wohnungsbaupolitik, die mehr bezahlbaren Wohnraum schafft und die Mieten stabil hält.

Dazu ist nötig:

- Eine starke kommunale Wohnungsbau-gesellschaft, die auf den Bau bezahlbaren Wohnraums ausgerichtet ist.
- Verstärkter Bau von Sozialwohnungen.
- Die Nutzung öffentlichen Baulands ausschließlich für den öffentlichen Wohnungsbau.
- Verstärkter Ausbau von Studierendenwohnheimen.
- Die Anhebung der Mietobergrenze für ALG II-Bezieher*innen auf ein realistisches Niveau, das sich an den tatsächlichen Marktpreisen orientiert.
- Bebauung des noch verfügbaren Baulands vorwiegend mit Mehrfamilienhäusern.

Informationen zum Bündnis bezahlbarer Wohnraum sind im Internet zu finden: bezahlbar-wohnen.org